Anlage 16

Städte können sich Eigenanteil nicht leisten

Die Antragsfrist für das Investitionsprogramm, das in den Jahren 2016 bis 2018 greift, läuft bereits am Freitag – einen Monat nach der Ankündigung – aus. Ein Sprecher des BBSR räumt zwar ein, dass der Zeitraum sehr überschaubar ist – allerdings sei eine „zufriedenstellende Zahl" von Anträgen eingereicht worden. Für das Förderprogramm wurde nach seinen Angaben hinlänglich bei kommunalen Spitzenverbänden geworben.

In den Rathäusern des Landes ist man anderer Meinung. „In dieser kurzen Zeit kann keiner neue Projekte aus der Schublade holen", sagt Jan Brunzlow, Sprecher der Stadt Potsdam. Dort wurden immerhin noch drei Förderanträge abgeschickt. In Schwedt (Uckermark) sind es zwei Sporthallen-Projekte. „Wir hätten mehr Bedarf, aber die Rahmenbedingungen stimmen nicht", sagt Bürgermeister Jürgen Polzehl (SPD). Andere Kommunen verzichteten ganz: So hieß es in Oranienburg, man warte ab, ob es eine Neuauflage des Programms gebe. **(Mit Adleraugen)**

Fördermittel von Kommunen kaum gefragt

Potsdam (hek) Das im Oktober angekündigte Sanierungsprogramm des Bundes für kommunale Sportstätten sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen stößt in Brandenburg nur auf mäßige Resonanz. Insgesamt hat der Fördertopf ein Volumen von 100 Millionen Euro. Allerdings mussten entsprechende Projekte kurzfristig beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eingereicht werden. Zudem können viele Städte und Gemeinden in der Mark die finanziellen Eigenanteile nicht aufbringen.

„Der Fördertopf ist bekannt, aber die Kommunen haben derzeit andere Sorgen", sagt Karl-Ludwig Böttcher, Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes. Die Unterbringung von Flüchtlingen erfordere sämtliche Kapazitäten. Zudem sei es für notleidende Kommunen ohne Hilfe des Landes unmöglich, sich an dem Programm zu beteiligen.

Wenig Spielräume

Rückbau, Aufbau, Umbau – angesichts der sich ständig verändernden Förderprogramme können die Stadtentwicklungsexperten in den Rathäusern schon einmal den Überblick verlieren. Jetzt hat der Bund mit einem 100-Millionen-Euro-Topf für kommunale Projekte den Schwierigkeitsgrad erhöht: Innerhalb eines Monats sollen konkrete Vorhaben eingereicht werden. So flexibel sind Verwaltungen dann nun doch nicht.

Obwohl es nach wie vor marode Turnhallen, Schwimmhallen oder Schulen gibt, für die das neue Sanierungsprogramm des Bundes zugeschnitten ist, haben viele Kommunen fast überhaupt keine Spielräume mehr, um diese Mittel überhaupt abzurufen. Denn dafür müssen in den Haushalten entsprechende Eigenanteile freigeschlagen werden. Manche Kämmerer haben allerdings schon große Probleme, die Zahlungsfähigkeit zu sichern.

Notwendig wären weitere Hilfen des Landes, damit brandenburgische Kommunen im Wettbewerb um Fördergelder wieder stärker mitmischen können. Aber auch die rot-rote Koalition hat nur noch wenig zu verteilen. Es ist ein Teufelskreis, der in naher Zukunft kaum durchbrochen werden dürfte. HENNING KRAUDZUN